

Nur zur dienstlichen Verwendung

PRESSEKONFERENZ

am Dienstag, dem 27.02.2001, 18.55 Uhr, Neustadt an der Weinstraße

Themen: Gipfel Weimarer Dreieck

Sprecher: Bundeskanzler Schröder, Präsident Chirac, Präsident Kwasniewski

BK SCHRÖDER: Meine sehr verehrten Damen und Herren, schön, dass Sie hergekommen sind. Es ist eine wunderbare Stadt, die wir ausgewählt haben, weil der französische Präsident Jacques Chirac hier einige Monate lang gelebt hat. Das war gleichermaßen auch eine Verbeugung an ihn. Wir haben es natürlich auch ausgewählt, weil das Hambacher Schloss heute Abend Ort der weiteren Gespräche sein wird.

Ich muss Ihnen zu den Traditionen, die Hambach ausmachen, nichts sagen, denke ich, aber vielleicht doch so viel, dass hier 1832 französische, deutsche und polnische Studenten ins Schloss gegangen sind, um ihren Willen zu Demokratie und Deutschlands Einheit zu bekunden. Ich denke, das gehört zu den historisch wunderbaren Ereignissen, die es im 19. Jahrhundert gegeben hat, das ansonsten ja auch durch viele bittere Auseinandersetzungen und Kriege gekennzeichnet ist. Ich denke, an diese Tradition zu erinnern, ist sinnvoll. Das ist etwas, was der erste deutsche Bundespräsident, Theodor Heuss, einmal „die Wiege der Demokratie in Deutschland“ genannt hat. Das muss man in dieser Zuspitzung nicht so teilen, aber sicherlich ist es ein Ort, an dem Demokratie, an dem republikanische Gesinnung, an dem die Werte der Französischen Revolution - Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit - eine große Rolle gespielt haben, und der sich deswegen für ein Gespräch zwischen dem französischen Präsidenten, dem polnischen Präsidenten und dem deutschen Bundeskanzler in besonderer Weise eignet.

Wir haben naturgemäß nicht über bilaterale Probleme geredet - wie sollten wir auch -, sondern wir haben, ohne dass wir unter Entscheidungszwängen stehen, wie das bei den offiziellen Konferenzen gelegentlich der Fall ist, über Perspektiven in und für Europa geredet und haben dabei insbesondere über die Frage der gemeinsamen europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik sowie auch über die EU-Ostpolitik geredet, wenn ich das so nennen darf.

Zur ESVP kann und muss man sagen, dass wir alle Drei in der Einschätzung übereinstimmen, dass diese europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein zusätzlicher Pfeiler zur Stabilisierung der NATO sein soll und sein wird, aber nicht gegen die NATO gerichtet ist.

Dass Polen als Nicht-Mitglied der EU, aber als Mitglied der NATO an der Debatte nicht nur teilnimmt, sondern in geeigneter Form auch an den Entscheidungen teil-

nimmt, die aus der Debatte resultieren, versteht sich von selbst. Darin stimmen wir überein.

Wir haben in diesem Zusammenhang natürlich auch über die Erweiterung der NATO geredet. Das, was in Washington seinerzeit beschlossen worden ist, nämlich dass die Tür für neue Mitglieder der NATO offen bleibt, ist hier noch einmal unterstrichen worden. Aber wir sind auch miteinander der Meinung, dass es einer sorgfältigen Debatte auch und gerade mit Russland bedarf, ohne dass irgendeinem Land - auch Russland nicht - ein Veto eingeräumt werden könnte. Ich denke, wir stimmen überein, dass es diese sorgfältige Diskussion geben muss und sicherlich auch geben wird.

Wir haben uns dann auch mit NMD, also mit den amerikanischen Plänen für eine nationale oder auch internationale Raketenabwehr, befasst. Wir sind der Auffassung, dass es natürlich wichtig ist, eine gemeinsame europäische Position zu erarbeiten, dass dies aber im Moment nicht zuletzt deshalb noch nicht möglich ist, weil es noch keine Klarheit über die amerikanischen Entscheidungen und Vorstellungen gibt. Es sind noch viele Fragen, die diskutiert werden müssen, offen. Deswegen macht es wenig Sinn, aufgeregte Diskussionen in der Öffentlichkeit zu veranstalten. Mehr Sinn macht eine Dialogorientierung über die Fragen, die uns interessieren und die im Zusammenhang mit diesen angekündigten Entscheidungen stehen.

Hinsichtlich der EU-Ostpolitik hat naturgemäß das Verhältnis der Europäischen Union zu Russland eine zentrale Rolle gespielt. Wir sind miteinander der Auffassung, dass wir Präsident Putin in seinem Bemühen, den Reformprozess in Russland insbesondere im ökonomischen Bereich voranzutreiben, unterstützen müssen. Wir haben gemeinsam begrüßt, dass er von der schwedischen Präsidentschaft zum bevorstehenden EU-Gipfel nach Stockholm eingeladen worden ist. Dort wird sicherlich Gelegenheit sein, über das, was man „EU-Russland-Strategie“ nennt, also über die strategische Zusammenarbeit zwischen Russland einerseits und der Europäischen Union andererseits, näher zu diskutieren. Was diese Frage angeht, sind wir einig, dass es großes Interesse in Europa daran gibt, den Kurs der Demokratisierung, der ökonomischen Stabilisierung, den Präsident Putin eingeschlagen hat, zu unterstützen.

Bei der Frage der Erweiterung - das war das dritte Thema, mit dem wir uns befasst haben -, haben der französische Präsident und ich unserem Freund Aleksander Kwasniewski insbesondere deutlich gemacht, dass wir davon ausgehen, dass Polen ein solches Maß an Anstrengung, den Reformprozess voranzutreiben, unternimmt, dass für uns eine andere Möglichkeit, als dass Polen in der ersten Gruppe der Beitrittsländer sein wird, kaum denkbar ist. Der polnische Staatspräsident hat deutlich gemacht, dass niemand in Polen daran denkt, in den Anstrengungen, sich beitriffähig zu machen, im Vertrauen darauf nachzulassen, dass es ohne diese Anstrengungen schon laufen würde.

Meine Damen und Herren, das sind die Ergebnisse unseres Gesprächs, das deswegen intensiv und freimütig zu führen ist, weil wir zum Abschluss keine Kommunikees verfertigen müssen. Das sind die Ergebnisse, die ich Ihnen mitteilen wollte. Ich darf jetzt die beiden Staatspräsidenten bitten, Ergänzungen vorzunehmen.

P CHIRAC: Zunächst einmal möchte ich dem Bundeskanzler ganz herzlich für den Empfang danken, den er uns hier bereitet hat. Es war gleichzeitig, historisch gesehen, gerechtfertigt. Für mich persönlich ist dies auch ein Zeichen der Zuneigung. Ich danke ebenfalls Ministerpräsident Kurt Beck, der uns hier sehr freundlich empfangen hat. Ich möchte ebenfalls dem Bürgermeister und der Bevölkerung für diesen sehr herzlichen Empfang danken, insbesondere ganz herzlich für unseren kleinen Rundgang durch diese wunderschöne Altstadt.

Unser Dreiertreffen kurz nach der Unterzeichnung des Nizza-Vertrags war sehr interessant. Sicherlich ist es so, dass Polen, Frankreich und Deutschland den harten Kern dieses im Aufbau befindlichen Europas darstellen, aber nach den Entscheidungen, die jetzt die Möglichkeit geben, konkret die Erweiterung vorzusehen, hat es absolut symbolhaften Charakter, dass wir alle Drei darüber haben sprechen können.

Deutschland wie Frankreich haben dem polnischen Staatspräsidenten ihre klare, gemeinsame Entschlossenheit dargelegt, dass die Erweiterung so schnell wie möglich vollzogen wird. Wir haben auch unser gemeinsames Anliegen dargelegt, aufgrund der politischen Situation, wie ich Sie gerade dargestellt habe, dass Polen sich selbst in die Lage versetzt, zur ersten Gruppe der neuen Länder, die in die EU eintreten, zu zählen.

Wir haben alle anderen Themen angesprochen, die der Herr Bundeskanzler gerade erwähnt hat. Ich möchte nicht noch einmal darauf zurückkommen, weil das, was er gerade dargelegt hat, voll und ganz dem entspricht, was ich denke und wie ich es sehe. Im Übrigen war ich sehr stark beeindruckt - obwohl ich darüber nicht verwundert war - über die Konvergenz der Meinungen in internationalen und europäischen Fragen zwischen dem polnischen Staatspräsidenten, dem deutschen Bundeskanzler und was mich anbelangt. Darüber freue ich mich natürlich.

Ich bin der Ansicht, dass als Fazit, was dieses Arbeitstreffen kennzeichnet, im Grunde genommen die gemeinsame Überzeugung zu ziehen ist, was dieses Europa von morgen anbelangt. Der Ansatz und die Überzeugung sind der Ansatz und die Meinung von uns allen Dreien; denn - ich wiederhole es - alle drei Länder sind sehr wichtig, was die Zukunft Europas anbelangt.

P KWASNIEWSKI: Herr Bundeskanzler, Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch ich möchte mich ganz herzlich bei Ihnen, Herr Bundeskanzler, für die Organisation dieses Treffens des Weimarer Dreiecks hier in Neustadt bedanken, an einem historischen Platz, einem Ort, der uns so herzlich empfangen hat. Ich möchte mich ganz herzlich bei allen Einwohnern der Stadt Neustadt bedanken, die uns sehr herzlich begrüßt haben. Ich muss sagen, es hat auf mich einen großen Eindruck gemacht, wie viele Polen hier anwesend sind und waren in dieser Stadt Neustadt. Ich habe mich fast wie zu Hause gefühlt. Dank dieser Atmosphäre, die Sie, Herr Bundeskanzler geschaffen haben, fühlten wir uns wie zu Hause. Es war eine ganz offene Diskussion nicht protokollarischer Art, die wir geführt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben über wichtige Dinge für die Zukunft Europas, für die Zukunft unserer Staaten gesprochen. Dies ist verständlich, denn heute trafen sich die Chefs von drei sehr wichtigen Staaten, die wirklich eine Art europäischen Zentrums hier im Herzen Europas sind. Frankreich, das ist das Land, in dem nicht nur viele Millionen Menschen leben, sondern auch ein historisch

wichtiges Land, das auch große Beiträge zur Ordnung in Europa geleistet hat. Leider hat Frankreich natürlich auch sehr viel Unglück erlebt.

Auch ich möchte noch etwas zu unserer Diskussion sagen. Dieses Gespräch hat gezeigt: Erstens die Übereinstimmung zwischen uns in den wichtigsten europäischen Fragen, also Sicherheit in Europa, Politik gegenüber Osteuropa, also noch einmal: die volle Übereinstimmung der Meinungen.

Zum Zweiten hat unser Meinungs austausch gezeigt, dass wir gemeinsam Optimisten sind, was das Europa von morgen angeht, was unsere Zukunft angeht, dass wir also glauben, dass man unserem Kontinent und der ganzen Welt mehr Sicherheit und mehr Frieden gewährleisten kann, viel mehr Entwicklung auch im wirtschaftlichen Bereich.

Drittens hat unser Gespräch gezeigt, dass wir entschlossen sind. Es ist die Entschlossenheit auf Seiten Frankreichs, auf Seiten Deutschlands und auf Seiten Polens vorhanden. Jeder hat natürlich ein wenig andere Aufgaben. Wir bemühen uns ja erst, in Europa präsent zu sein. Aber diese Entschlossenheit ist vorhanden und sie ist sehr charakteristisch für unsere Staaten, für unsere Völker und für uns. Wir möchten eine gute Perspektive für unsere Staaten in Europa aufbauen.

Ich möchte das, was der Bundeskanzler und der Präsident gesagt haben, noch einmal unterstreichen. Aus unserer polnischen Sicht ist es natürlich besonders wichtig. Nach dem Gipfel in Nizza ist der Weg zur Erweiterung der EU offen. Es ist die Überzeugung unserer Partner, dass sich Polen gut auf den Beitritt zur Europäischen Union vorbereitet, dass Polen seine Hausarbeiten so gut wie möglich macht. Es ist auch die Überzeugung auf der Seite unserer Partner, dass wir in der ersten Gruppe der Beitrittsländer sind. Der Termin, der sich in Nizza abgezeichnet hat, also die Beteiligung der Bevölkerung der neuen Mitgliedsländer an den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004, ist ein anspruchsvoller Termin, ein ehrgeiziger Termin, aber ein realistischer Termin. Das ist eine sehr wichtige Information, die ich der polnischen Öffentlichkeit hier aus Neustadt übermitteln möchte, in Anwesenheit von Präsident Chirac und Bundeskanzler Schröder.

Ich möchte noch einmal unterstreichen: Diese Begegnung hat gezeigt, dass wir einer Meinung sind. Sie hat den Optimismus über das Europa von morgen und die Entschlossenheit gezeigt, dieses gemeinsame Europa gemeinsam aufzubauen. - Danke schön.

FRAGE: Herr Präsident, Herr Bundeskanzler, Sie haben natürlich über grundlegende Fragen für Europa gesprochen. Eine Frage interessiert ebenfalls in diesem Augenblick unsere Länder, vielleicht auch Polen: die Landwirtschaft. Herr Staatspräsident, sind Sie für eine Erneuerung der Agrarpolitik? Die gleiche Frage geht an den Herrn Bundeskanzler.

P CHIRAC: Ich möchte sagen, dass die gemeinsame Agrarpolitik im Verlauf der letzten 10 oder 15 Jahre Erfolg gehabt hat und dass sehr viele Änderungen vorgenommen worden sind. Es ist ganz klar, dass wir eine Politik dieser Art ständig anpassen müssen an die Entwicklung der Dinge und der Menschen.

Im Übrigen werden Sie festgestellt haben, dass die Entscheidungen, die auf dem Gipfel getroffen worden sind, insbesondere was die Landwirtschaft anbelangt, nur bis 2006 gelten. Natürlich sind wir der Ansicht, dass keinerlei Änderung bis 2006 vorgenommen werden darf, aber dass wir jetzt schon beginnen müssen, uns Gedanken darüber zu machen, wie die Anpassungen aussehen, die nach 2006 erfolgen müssen.

Die Landwirte sind Unternehmer und man kann die Spielregeln in zwei Jahren natürlich nicht ändern. Im Gegenzug muss eine echte Konzertierung erfolgen. Wir müssen jetzt schon an die Anpassungen denken, die ab diesem Termin notwendig sind.

Im Übrigen haben wir, unsere deutschen Freunde und wir, schon beschlossen, dass wir uns Gedanken über diese Dinge machen werden und dass wir weiterhin darüber sprechen werden.

BK SCHRÖDER: Wir haben im nationalen Maßstab die grundlegenden Veränderungen, die wir für notwendig halten, eingeleitet. Da Agrarpolitik ein Feld europäischer Politik ist, und zwar ein wichtiges Feld, werden wir die Notwendigkeiten mit unserem Partner - speziell mit unseren französischen Partnern - besprechen müssen. Sie wissen vielleicht von einem Brief, den mir der französische Premierminister geschrieben hat, in dem er in dem dritten Punkt exakt das deutlich macht, was auch der Herr Staatspräsident gesagt, nämlich dass Deutschland und Frankreich über die notwendigen Erneuerungen in der Landwirtschaftspolitik reden müssen. Das wird mit Sicherheit auch geschehen. Sicherlich wird es die eine oder andere unterschiedliche Nuance geben - das soll man gar nicht verschweigen wollen -, aber wir sind fest entschlossen, auch in diesem Punkt die bewährte deutsch-französische Zusammenarbeit zu nutzen, um diesen Erneuerungsprozess voranzutreiben, was die nationalen Politiken angeht, aber auch, was die europäische Politik angeht.

FRAGE: Herr Präsident, sind Sie nicht über die Haltung Ihrer europäischen Partner beim Landwirtschaftsrat in Brüssel enttäuscht, die sich alle geweigert haben - insbesondere Deutschland -, zusätzliche Hilfe für französische Landwirte zu gewährleisten.

P CHIRAC: Ich bedaure diese Entscheidung und bedaure, dass in diesem Bereich keine Entscheidungen getroffen werden konnten. Ich bedaure dies ganz einfach, weil diese Entscheidungen legitim waren. Aber natürlich hat man mit dieser Entscheidung nicht Frankreich schädigen wollen, sondern man hat diese Entscheidung aus einem Grund getroffen, den ich nachvollziehen kann: weil in dem Haushalt, der für die Landwirtschaft vorgesehen war, keine Gelder mehr vorgesehen waren. Es gab also keine zusätzlichen Gelder, die für Subventionen vorgesehen waren. Das ist absolut gerechtfertigt durch das Unheil, das über die europäische Landwirtschaft mit BSE hereingebrochen ist, insbesondere für die französische Landwirtschaft aufgrund der Bedeutung innerhalb der europäischen Landwirtschaft.

Deshalb ist die Position, die schließlich verabschiedet worden ist - natürlich unter der Kontrolle des Agrarkommissars - und die darin besteht, unter diesen Bedingungen und weil wir kein Geld haben, dass jeder Mitgliedsstaat die Unterstützung einbringt, die notwendig ist. Das ist in meinen Augen eine weise Lösung. Ich muss sagen, dass ich absolut überzeugt war, dass wir zu dieser Lösung kommen würden. Vor einigen Tagen, als man mich bei der Landwirtschaftsmesse in Paris danach gefragt hat, ha-

be ich gesagt, dass wir es meiner Ansicht nach nicht vermeiden können, dass nationale Unterstützung aufgrund der Haushaltssituation der Gemeinschaft erfolgen muss. Aber natürlich bin ich der Ansicht, dass diese nationalen Hilfen nicht die Struktur der gemeinsamen Agrarpolitik in Frage stellen. Sie müssen im Rahmen der besonderen Bestimmungen getroffen werden, die greifen müssen, und zwar im Rahmen von Artikel 87, der genau diesen besonderen Situationen Rechnung trägt. Mit anderen Worten: Das sind Maßnahmen, die nationaler Art sind. Sie müssen natürlich konform bleiben mit der gemeinsamen Agrarpolitik.

FRAGE: Wurde auch über die deutsche Forderung nach einer siebenjährigen Übergangsphase aus den Beitrittsländern gesprochen?

P KWASNIEWSKI: Nein, wir haben über diese Details heute nicht gesprochen; denn sie werden ja diskutiert, und sie werden auch in Zukunft im Rahmen der Verhandlungen diskutiert werden. Die Forderung, die heute sowohl von Bundeskanzler Schröder als auch von mir genannt wurde, lautet, dass wir Lösungen suchen, die für die Partner an diesen Verhandlungen akzeptabel sind, nämlich einerseits für die Europäische Union und andererseits in diesem Falle für Polen. Ich denke, dass wir uns in einer Zeit befinden, in der wir in den Expertengruppen auf den entsprechenden Regierungsebenen über alle Fragen sprechen werden, auch über die Übergangsphasen, die die Europäische Union vorschlägt, die Deutschland vorschlägt, und auch über das, was in den polnischen Vorschlägen enthalten ist.

Das Klima für die Gespräche ist sehr gut, aber der Teufel steckt häufig im Detail, wie man ja sagt, vor allen Dingen auch, was die Verhandlungsgruppen angeht.

FRAGE: War auch die Rede von der polnischen Idee des Raketenschutzschirms von polnischer Seite? Wird das Fußballspiel von heute Abend zwischen Deutschland und Polen gesehen?

P KWASNIEWSKI: Nein, das Spiel hat ja noch gar nicht angefangen, wenn ich es richtig sehe. Ich bin früher Sportminister bei uns gewesen und habe sehr gerne Fußballspiele geguckt. Ich kann jetzt im Augenblick nur sagen: Es soll der Bessere gewinnen.

Aber was die Fragen des Raketenabwehrsystems angeht, so haben wir diesem Problem sehr viel Zeit gewidmet. Ich denke, dass diese Frage eine wichtige Frage in den Diskussionen zwischen den Vereinigten Staaten und den Partnern in der NATO, aber auch mit anderen Partnern ist, zum Beispiel Russland oder China. Es wird sicherlich auch Kontakte mit der neuen amerikanischen Administration und mit Präsident Bush geben. Wir werden zu dem Thema zurückkehren. Aber mehr kann ich im Augenblick nicht sagen; denn vor allen Dingen müssen wir über dieses Projekt in einem geschlossenen Kreis sprechen, vor allem natürlich mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

FRAGE: Meine Frage richtet sich an Bundeskanzler Schröder und Präsident Chirac. Können Sie einmal sagen, welche Annäherungsmaßnahmen für Kurden vorgesehen sind, die im Augenblick in Frankreich sind und die versuchen, nach Deutschland zu kommen, um eine Familienzusammenführung sicherzustellen.

BK SCHRÖDER: Dazu gibt es klare Regelungen, was diese Frage angeht, an denen wir nichts zu ändern haben. Wir haben kein europäisches Asylrecht, aber wir haben in Deutschland ein Asylrecht, das in einer Frage deutlich ist: Wenn es ein Land gibt, in dem Asylbewerber Aufnahme gefunden haben, dann haben sie kein Asylrecht in Deutschland. Das ist gängige Praxis, und zwar sowohl auf der einen als auch auf der anderen Seite. Wir haben nicht vor, daran etwas zu ändern.

Dieser Fall zeigt einmal mehr, dass wir verstärkt an einer europäischen Harmonisierung des gesamten Asylrechts arbeiten müssen. Ansonsten gilt die deutsche Rechtslage, an der wir nichts zu verändern haben.

P CHIRAC: Was diesen Punkt anbelangt - die Frage richtete sich auch an mich -, möchte ich Folgendes sagen. Ich teile vorbehaltlos das, was der Bundeskanzler gerade dazu gesagt hat. Ich möchte hinzufügen, dass dies einmal mehr die Notwendigkeit rechtfertigt, die Solidarität zwischen unseren Ländern zu verstärken, was die Kontrolle an den Grenzen anbelangt. Das kann man in einer menschlichen Art und Weise unter Beachtung der Prinzipien, die wir haben, und unter Achtung der Werte, die uns gemeinsam sind, tun. Dies heißt auch, dass die Umsetzung einer europäischen Entwicklungshilfe intensiviert werden muss, die im Übrigen eine Politik auf internationaler Ebene sein muss; denn über diese Politik werden wir in die Lage versetzt, den Zufluss von außen zu begrenzen. Das hat nicht immer etwas mit besonderen politischen Situationen zu tun, sondern ist hauptsächlich auf furchtbare wirtschaftliche Verhältnisse zurückzuführen. Deshalb gibt es in diesem Bereich eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich, die sich vorbehaltlos vollzieht. Darüber freue ich mich sehr.

FRAGE: Ich habe eine Frage an Herrn Kwasniewski. BSE zeigt doch, dass die Staaten bei sehr ernsten Krisen selbst die Ausgaben zahlen müssen. Wir sehen es auch bei den Beihilfen für die Landwirte. Beunruhigt Sie das nicht, was die Zukunft der Landwirtschaft in Polen anbelangt?

Eine Frage an Herrn Chirac und an Herrn Schröder. Die BSE-Krise kommt aus England. Sollte der Rabatt der Briten nicht aufgrund der Tatsache in Frage gestellt werden, dass die Briten eigentlich mit am Ursprung dieser Krankheit schuld sind?

P KWASNIEWSKI: Es ist so, dass wir das ganze Problem sehr aufmerksam verfolgen. Wir leben in einer Welt, die so sehr miteinander verbunden ist, dass etwas Schlechtes, das außerhalb unseres Landes passiert, auch für uns gefährlich ist. Von daher haben wir alle notwendigen Maßnahmen ergriffen, unter anderem auch die Untersuchung der Rinder und die ganzen Regelungen, die stattfinden müssen. Das haben wir alles getan, um uns entsprechend auf diese eventuelle Gefahr vorzubereiten.

Wir arbeiten in diesem Bereich mit der Europäischen Union und mit allen unseren europäischen Partnern in diesem Bereich zusammen. Bislang hat es in Polen noch keine Fälle von BSE-Erkrankungen gegeben, aber wir sind natürlich sehr sensibel und passen sehr gut auf, denn dies ist ganz sicher ein Problem von ganz Europa. Wenn sich herausstellen würde, dass diese Psychose ganz groß wird, würden wir fürchten, dass wir dann politische Entscheidungen treffen müssen, zusätzlich zu den wirtschaftlichen, die wir im Augenblick treffen. Aber ich denke, dass wir auch mit diesem Problem fertig werden, wenn wir in Europa zusammenarbeiten; denn dies ist

heute ein Thema, das nicht nur die Öffentlichkeit in Polen sehr interessiert, sondern auch in Polen wirklich von großem Interesse ist und in Polen verfolgt wird.

Vor allen Dingen die Bereitschaft zur weiteren Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern ist sehr wichtig, um mit dieser Situation gemeinsam fertig zu werden.

P CHIRAC: Was die Infragestellung des Nachlasses des Rabatts für die Briten anbelangt, wie Sie es genannt haben, so überlasse ich es Ihnen, dass Sie mit einem Appell in Berufung gehen. Eigentlich ist das nicht das, was wir unter europäischer Solidarität verstehen, insbesondere zu einem Zeitpunkt, zu dem unsere britischen Freunde mit einer sehr wichtigen Krise aufgrund der Maul- und Klauenseuche zu tun haben. Wir werden nicht noch weitere besondere Probleme hinzufügen.

FRAGE: Herr Präsident Kwasniewski, die Bundesregierung strebt eine Übergangsfrist bis zur Einführung der personellen Freizügigkeit an. Wünscht auch Polen Übergangsfristen, um Probleme auf anderen Feldern leichter lösen zu können?

P KWASNIEWSKI: Meine Damen und Herren, es gibt Vorschläge zu einigen Übergangsphasen, die sich zum einen aus der polnischen Situation ergeben. Es gibt Vorschläge für einige Übergangsphasen, die sich zum einen aus dem polnischen Bedarf ergeben, zum anderen auch aus den EU-Wünschen. Wir sind in der Phase, in der wir sehr detailliert über diese Übergangsphasen sprechen. Ich bin davon überzeugt, dass wir diese Übergangsphasen nach den ersten Listen werden kürzen können. Es werden mit Sicherheit kürzere Fristen als die, die vorgeschlagen sind, sein.

Ich sollte nicht versuchen, die Verhandlungsführer zu ersetzen. Man muss einfach darüber sprechen und muss diese Dinge beachten. Ich bin davon überzeugt, dass diese siebenjährige Übergangsfrist für den Arbeitsmarkt in Deutschland, was die polnischen Arbeitnehmer angeht, zu lang ist. Aber wir werden darüber sprechen. Ich verstehe natürlich die deutsche Argumentation. Es scheint mir, dass wir in einer so wichtigen Debatte zu einer Verständigung kommen werden. Ich kann Ihnen jetzt nur sagen, dass ich davon überzeugt bin, dass Polen, das eine stabile wirtschaftliche Situation gewährleisten wird, in der Europäischen Union ein interessantes Land für die Arbeit sein wird.

Ich erwarte eigentlich nicht, dass nun große Wellen von Arbeitnehmern ins Ausland strömen. Aber wie ich sagte: Wir sind im Augenblick in einer Etappe von Gesprächen über die Details. Dazu gehören natürlich auch Fragen der Übergangsfristen. Ich denke, dass wir vernünftige und befriedigenden Lösungen für beide Seiten zwischen Polen und der Europäischen Union finden werden.

FRAGE: Ich habe eine Frage an Bundeskanzler Schröder, was die Restriktionen und die Beschränkungen bei den Arbeitnehmern angeht. Herr Präsident Kwasniewski hat gesagt, dass diese Fristen vielleicht gekürzt werden. Heißt das auch, dass die Haltung Deutschland unbeugsam ist, oder kann sich daran auch noch etwas ändern, was diese sieben Jahre angeht?

BK SCHRÖDER: Das, was der Präsident gesagt hat, und zwar, dass man darüber redet, ist erstens richtig. Zweitens ist es so, dass wir bei diesen sieben Jahren so flexibel sein können, wie es der jeweiligen Situation entspricht.

Die sieben Jahre, die ich genannt habe und an denen ich nichts abzustreichen habe, sind ja nicht sieben Jahre, die unter allen Umständen eingehalten werden müssen. Das Beitrittsland erhält das Recht, eine Überprüfung der Frist zu beantragen. Diejenigen Länder, die diese Übergangsfristen nicht einhalten wollen, weil sie anderer Auffassung sind oder weil sie eine andere Situation haben, da sie polnische Arbeitskräfte bei sich haben möchten, können das unabhängig von den Festlegungen tun.

Wir haben also nicht gesagt: Sieben Jahre, das ist es und daran ändert sich nichts, sondern wir haben gesagt: Sieben Jahre Übergangsfrist mit dem Recht des Beitrittslandes, Überprüfungen zu verlangen, und mit dem Recht der anderen Mitgliedsstaaten, auch unterhalb der sieben Jahre zu bleiben. Insofern ist das, was der Präsident gesagt hat, und zwar dass man vernünftige Lösungen finden wird, die auf die Situation der einzelnen Mitgliedsstaaten zugeschnitten sind, nur zu unterstreichen. Dem ist nichts weiter hinzuzufügen.

FRAGE: In diesem Zusammenhang habe ich die Frage an Sie, Herr Bundeskanzler, wie Sie denn im Augenblick die Akzeptanz der deutschen Bevölkerung hinsichtlich der EU-Erweiterung, speziell hinsichtlich Polen, einschätzen. Was wäre in Ihrem Sinne das beste Mittel, sicherlich bestehende Befürchtungen zu zerstreuen?

BK SCHRÖDER: Erstens. Die Akzeptanz, bezogen auf Polen, ist ungewöhnlich groß. Es mag den einen oder anderen vielleicht überraschen, aber es gibt sozialwissenschaftliche Untersuchungen, also Umfragen, die deutlich sagen, dass mehr als zwei Drittel der Deutschen sagen: Das ist eine richtige Perspektive.

Zweitens. Damit die Legitimation für die Erweiterung nicht nur bei den politischen, kulturellen und journalistischen Eliten gegeben ist, sondern damit sie auch eine Angelegenheit des ganzen Volkes ist, sagen wir ja: Niemand muss Angst haben, weil wir flexibel mit diesen Übergangsfristen umgehen.

Diese Übergangsfristen haben zwei Bedeutungen: Einmal sollen sie die Legitimation im eigenen Land verstärken, weil wir Ängste, die es natürlich längs der Grenzen gibt, wegnehmen oder sie möglichst klein halten. Es soll auch niemand politisch mit solchen Ängsten spielen können; das hat es auch immer wieder gegeben. Zum anderen hat Präsident Kwasniewski darauf hingewiesen, dass Polen ein Land ist, das hohe Wachstumsraten hat, das technologisch interessant ist und immer interessanter wird und das unter Umständen selbst zu überlegen hat, ob Übergangsfristen nicht etwas sind, das das zu verhindern hilft, was die Engländer „brain drain“ nennen, nämlich den Abfluss von hochgradigen Spezialisten in die Mitgliedsstaaten, die ganz schnell besser bezahlen können, obwohl das Beitrittsland diese Leute selbst braucht.

Es ist also keineswegs so, dass die Übergangsfristen, bezogen auf die Freizügigkeit, nur die Legitimationsfrage im aufnehmenden Bereich berührt, sondern es ist auch eine Frage, bei der sich das denkbar abgebende Land auch selbst die eine oder andere Frage vorlegen und beantworten muss. So ganz einseitig ist das also nicht, wie gelegentlich angenommen zu werden scheint.

Bitte sehr, die letzte Frage.

FRAGE: Wenn es die letzte Frage ist, Herr Bundeskanzler, Herr Staatspräsident, dann frage ich: Können Sie Prognosen abgeben, was das Spiel heute Abend anbe-

langt? Es ist ja ein Freundschaftsspiel. Was ist denn Ihr Tipp? Was machen Sie denn? Haben Sie einen Fernseher im Speisesaal des Schlosses?

BK SCHRÖDER: Wir haben keine Fernseher - ich weiß auf jeden Fall nichts davon -, weil wir noch ein wenig reden wollen. Wir wollen heute die pfälzische Gastfreundschaft, die uns heute Mittag von den Bürgerinnen und Bürgern Neustadts wirklich gezeigt wurde - das haben die Kollegen sehr erfreut und, wie ich finde, sehr emotional zur Kenntnis genommen -, heute zeigen, was die Küche der Pfalz angeht.

Zweitens. Ich habe keine Prognose, aber ich muss bei allem Respekt vor dem Herrn Staatspräsidenten sagen: Frankreich hat in den letzten Jahren im Fußball alles gewonnen, was zu gewinnen ist. Ich baue jetzt auch darauf, dass wir mal wieder dran sind, nicht aus Mitglied, sondern weil Rudi Völler die Kampfkraft gesteigert hat. Deswegen gehe ich davon aus, dass wir es knapp gewinnen können. Es wird nicht einfach, aber der Staatspräsident hat mir schon gesagt, es gibt einen Hoffnungsschimmer: Djorkaeff kann nicht spielen.

P CHIRAC: Ich gebe gerne zu, dass sich die deutsche Mannschaft sehr gut erholt hat, dass sie sich spektakulär erholt hat, insbesondere aufgrund eines sehr guten Trainers. - Aber trotzdem möchte ich keinen Tipp abgeben. Ich gebe keinen Tipp ab, weil ich nicht unhöflich sein möchte.

P KWASNIEWSKI: Ich möchte sagen, dass heute eines sicher ist: Polen verliert heute bestimmt nicht. Ich danke dem Bundeskanzler nochmals ganz herzlich für diese Begegnung.

(Ende: 19.38 Uhr)

Quelle / Source / Źródło: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts